

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Einleitung	1
<i>A. Eine Annäherung an das Utilitätsprinzip</i>	4
<i>B. Das Verhältnis zu ähnlichen dogmatischen Konstruktionen</i>	6
I. Der „Vorteil-Nachteil-Zusammenhang“	7
II. Das „Interesseprinzip“	8
III. Die „Risikohaftung bei Tätigkeit in fremdem Interesse“	9
<i>C. Argumente, die neben dem Nutzen für die Bestimmung der Haftungsmaßstäbe von Bedeutung sind</i>	10
I. Das Vertrauensprinzip	10
II. Das Verschuldensprinzip	11
III. Versari in re illicita	11
IV. Versicherung und Versicherbarkeit	11
<i>D. Abgrenzung von anderen Assoziationen, die der Begriff utilitas aufwirft</i>	12
I. Die Bindungswirkung unentgeltlicher Verträge	12
II. Das „Prinzip der Utilität“ im Recht der Grunddienstbarkeiten	12
III. Philosophischer Utilitarismus	13
IV. „Nutzen“ als allgemeines Argumentationsmuster	14
<i>E. Forschungsstand</i>	15
<i>F. Erkenntnisziele und Gang der weiteren Untersuchung</i>	17
1. Abschnitt Der Zusammenhang von Nutzen und Haftung in seiner geschichtlichen Entwicklung	19
<i>A. Die Haftungsmaßstäbe in ihrer geschichtlichen Entwicklung</i>	20
I. Vorsatz und Fahrlässigkeit	21
II. Custodia	22
III. Culpa levissima	24
1. Die Entwicklung der culpa levissima bei den Glossatoren	24
2. Der Inhalt der culpa levissima bei den Glossatoren	28

3. Die Entwicklung der culpa levissima nach den Glossatoren	29
4. Die culpa levissima im BGB	34
IV. Culpa latissima, culpa latior und culpa levior	35
<i>B. Die Zuordnung der Haftungsmaßstäbe in der geschichtlichen Entwicklung</i>	<i>37</i>
I. Verwahrung	38
1. Die Haftung des Verwahrers	38
2. Die Haftung des Hinterlegers	41
II. Leihe	44
1. Die Unterteilung der Leihe in „Leihvertrag“ (commodatum) und „Bittleihe“ (precarium)	44
2. Die Haftung des Entleihers beim commodatum	44
3. Die Haftung des Verleihers beim commodatum	50
4. Die Haftung bei Bittleihe (precarium)	51
a) Die Haftung des Bittleihers im römischen Recht	51
b) Die Haftung des Bittleihers in der weiteren geschichtlichen Entwicklung	53
III. Auftrag	55
1. Die Haftung des Beauftragten	55
a) Römisches Recht	55
b) Die Haftung des Beauftragten in der weiteren Entwicklung	59
2. Die Haftung des Auftraggebers	67
IV. Schenkung	70
V. Verträge, die beiden Vertragsparteien nutzen	72
VI. Der Pfandvertrag (pignus)	74
VII. Unbenannte Verträge und vorvertragliche Haftung	76
VIII. Die Haftung des Gesellschafters bei der societas	76
IX. Die Haftung des Geschäftsführers ohne Auftrag	77
X. Die Haftung des Vormunds	80
XI. Die Haftung des Erben gegenüber einem Vermächtnisnehmer	81
<i>C. Schlussfolgerungen</i>	<i>84</i>
I. Die Bedeutung des Zusammenhangs von Nutzen und Haftung in der geschichtlichen Entwicklung	84
1. Römisches Recht	84
2. Der Zusammenhang von Nutzen und Haftung in der weiteren geschichtlichen Entwicklung	86
II. Kontinuität der Haftungsmaßstäbe	98
III. Die strenge Haftung des Beauftragten als Argument gegen das Utilitätsprinzip	99
IV. Andere typische Argumente zur Bestimmung des Haftungsmaßstabs	99
V. Der Grund für die Verwendung des Utilitätsprinzips in der geschichtlichen Entwicklung	103

VI. Die geringe Bedeutung des Wortes utilitas	104
VII. Wirkung über die Zuordnung des vertraglichen Haftungsmaßstabs hinaus	105
 2. Abschnitt Der Zusammenhang von Nutzen und Haftung in ausländischen Rechtsordnungen	 107
<i>A. Rechtsfindung mit kodifiziertem Utilitätsprinzip – das schweizerische Obligationenrecht</i>	<i>108</i>
I. Die Rechtsfolge des Art. 99 Abs. 2 OR	109
II. Die Auswirkungen des Utilitätsprinzips im schweizerischen Obligationenrecht	111
1. Die Haftung des Schenkers	112
2. Die Haftung des Verleihers	113
3. Die Haftung des unentgeltlichen Verwahrers	114
4. Die Haftung des Beauftragten	114
5. Die Haftung bei zinslosem Darlehen	115
6. Die Haftung des Geschäftsführers ohne Auftrag	116
7. Die Haftung des (vertragslos) Gefälligen	116
8. Die Haftung des Auftraggebers	117
9. Die Haftung des Entleihers	118
10. Die Haftung des Hinterlegers	119
11. Die Haftung desjenigen, zu dessen Gunsten eine Gefälligkeit erbracht wird	120
<i>B. Der Einfluss des Nutzens auf die Bestimmung der Haftungsmaßstäbe</i>	<i>121</i>
I. Nutzenbasierte Abstufung des Haftungsmaßstabs im französischen, italienischen und österreichischen Recht	121
1. Allgemeines	121
2. Die einzelnen Haftungsmaßstäbe	123
II. Die Abstufung des Haftungsmaßstabs in der geschichtlichen Entwicklung des englischen Rechts	128
1. Bailment	129
a) Die Kategorien des bailment	131
b) Die Haftungsmaßstäbe im bailment	133
aa) Unentgeltliche Verwahrung	134
bb) Leihe	137
cc) Miete	139
dd) Pfand	139
ee) „Dienstverträge“ (i.w.S.)	140
ff) Auftrag	140
2. „Tort“	143
3. Trusts	144
III. Die „Guest Statutes“ des US-amerikanischen Rechts	147

C.	<i>Der Einfluss des Nutzens auf die erforderliche Sorgfalt</i>	151
I.	Der Einfluss auf die erforderliche Sorgfalt im französischen Recht	153
II.	Der Einfluss auf die erforderliche Sorgfalt im italienischen Recht	153
III.	Der Einfluss auf die erforderliche Sorgfalt im englischen Recht	154
1.	Bailment	156
a)	Unentgeltliche Verwahrung	160
b)	Leihe	161
c)	Miete	165
d)	Pfand	165
e)	„Dienstverträge“ (i.w.S)	166
f)	Auftrag	166
2.	Tort	167
a)	Common Law	167
b)	Social Action, Responsibility and Heroism Act 2015	170
3.	Trusts	173
a)	Common Law	173
b)	Die Trustee Acts 1925 und 2000	174
aa)	S. 1 Trustee Act 2000	174
bb)	S. 61 Trustee Act 1925	176
D.	<i>Ergebnisse der rechtsvergleichenden Untersuchung</i>	177
3.	Abschnitt Das Utilitätsprinzip im geltenden deutschen Recht	181
A.	<i>Das Utilitätsprinzip als Prinzip des geltenden Rechts</i>	181
I.	„Prinzipientheorie(n)“	182
1.	Die normtheoretische Unterscheidung zwischen „Regeln“ und „Prinzipien“	186
2.	Prinzipien als Gegenstände und Gründe	190
3.	Absolute und relative Prinzipien	191
4.	Formelle und materielle Prinzipien	192
5.	„Optimierungsgebote“ und „zu optimierende Gebote“	192
6.	Prinzipientheorie und Grundrechte	193
7.	Zwischenergebnis: Erhebliches und Unerhebliches aus der Prinzipientheorie	194
II.	Prinzipien als Argumente im Kontext des einfachen Rechts	195
III.	Die Herleitung von Prinzipien des geltenden Rechts	198
1.	Von juristischen Argumenten	200
a)	Die verfassungsrechtliche Grenze	203
aa)	Die Bindung an das Gesetz	203
bb)	Die Bindung an das „Recht“	207
cc)	Das Vorverständnis	211
dd)	Zwischenergebnis: Die Grenze zulässiger Argumente ...	212

b)	Die Folgen der Zulässigkeitsgrenze für die Rechtsfindung im Privatrecht	213
aa)	Die Elemente der Auslegung	213
	(1) Wortlaut und Systematik	214
	(2) Entstehungsgeschichtliche Argumente	215
	(3) Historische Argumente	215
	(4) Teleologische Argumente	216
	(5) Rechtsvergleichende Argumente	218
bb)	Die Rechtsfortbildung	222
cc)	Interessen- und Wertungsjurisprudenz	225
dd)	Generalklauseln	226
ee)	Die Natur der Sache	228
ff)	Rechtspolitische Argumente	229
c)	Juristische Argumente bei Ermittlung eines privaten Willens	231
2.	Der Maßstab für die Herleitung von Prinzipien	232
a)	Der Zusammenhang zwischen Prinzipienbildung und juristischer Argumentation	232
b)	Die Herleitung von Prinzipien bei Dworkin, Alexy und Esser	233
c)	Prinzipienbildung bei Larenz, Bydlinski und Canaris	233
d)	Prinzipienbildung bei Metzger	234
e)	Prinzipienbildung in der rechtsökonomischen Literatur	235
f)	Die induktive Ableitung von Prinzipien	236
3.	Topik, bewegliche Systeme und das Verhältnis von induktiver Herleitung und Gesamtanalogie	238
a)	Topik	238
b)	Das bewegliche System	240
aa)	Rechtsfindung im beweglichen System	242
bb)	Das bewegliche System im geltenden Recht	244
cc)	Das Utilitätsprinzip im beweglichen System Wilburgs	247
c)	Das Verhältnis von induktiver Herleitung und Gesamtanalogie	248
IV.	Die Herleitung des Utilitätsprinzips	250
1.	Die haftungsmildernde Seite des Utilitätsprinzips	252
a)	Die Haftungserleichterungen bei unentgeltlichen Verträgen	252
b)	§ 680 BGB und § 968 BGB	254
c)	§§ 31a, 31b BGB	255
d)	Die Haftungserleichterung für Stiftungsorgane	258
e)	Die Haftungserleichterung für den Arbeitnehmer	258
f)	§ 300 Abs. 1 BGB	263
g)	Das Utilitätsprinzip in der Entstehungsgeschichte des BGB	264

h)	Die Haftung des Beauftragten	267
i)	Die Haftung des Vormunds und des Testamentsvollstreckers	270
j)	Die Haftung des Geschäftsführers ohne Auftrag	271
k)	Die Haftung des Bürgen	271
l)	Die Haftung des Prekaristen	272
m)	Folgerungen	273
2.	Die haftungsverschärfende Seite des Utilitätsprinzips	274
a)	Gefährdungshaftung	275
aa)	Das Utilitätsprinzip als Grundlage der Gefährdungshaftung	275
bb)	Die Folgen für die haftungsverschärfende Seite des Utilitätsprinzips	280
b)	§ 904 S. 2 BGB	283
c)	§ 278 BGB	284
d)	Die Organhaftung nach § 31 BGB	289
e)	Die offengelassene Frage nach der Haftung des Auftraggebers	289
f)	Die haftungsverschärfende Seite als Reflex der haftungsmildernden Seite	292
g)	Zwischenergebnis	292
V.	Die Voraussetzungen des Utilitätsprinzips im geltenden Recht	293
1.	Unentgeltlichkeit	294
a)	Konkretisierung der Unentgeltlichkeit durch Erkenntnisse aus der Altruismus-Forschung?	294
aa)	Altruismus in der (Sozial-)Psychologie	295
bb)	Altruismus in der Ökonomie	298
cc)	Altruismus in der Evolutionsbiologie	300
dd)	Die Bedeutung für die Unentgeltlichkeit des geltenden Rechts	302
b)	Die allgemeinen Grundsätze der Unentgeltlichkeit im geltenden Recht	303
aa)	Vorab: Ein schuldrechtlicher Begriff der Unentgeltlichkeit	303
bb)	Unentgeltlichkeit ohne altruistische Motivation	304
cc)	Allgemeines zur Abgrenzung von Entgeltlichkeit und Unentgeltlichkeit	307
c)	Beispiele für die Abgrenzung von Entgeltlichkeit und Unentgeltlichkeit	315
aa)	Personenbezogene Daten als Entgelt	315
bb)	Das Trinkgeld	319
cc)	Werbegeschenke	321
2.	„Fremdnützigkeit“ und „besonderer Vorteil“	322

3. Das Bestehen einer Sonderverbindung	323
4. Ausschluss des Utilitätsprinzips in der professionellen Sphäre?	324
VI. Zwischenergebnis	325
<i>B. Das Utilitätsprinzip und die Abstufung des Haftungsmaßstabs</i>	326
I. Die haftungsmildernde Seite des Utilitätsprinzips	326
1. Die Haftung eines Gefälligen	326
a) Anwendung der §§ 521, 599, 690 BGB auf Schutzpflichtverletzungen	328
b) Die Übertragung auf das Deliktsrecht	330
c) Die Beschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit ...	331
d) Das Bestehen einer Versicherung als Gegenargument zur Haftungserleichterung für den Gefälligen	334
aa) Der Grundsatz: Das Trennungsprinzip	335
bb) Das Trennungsprinzip in Beispielen	337
cc) Die erste Ausnahme: Der Verweis auf „Billigkeit“	338
(1) § 829 BGB	340
(2) § 253 Abs. 2 BGB	343
dd) Die zweite Ausnahme: Treu und Glauben	346
ee) Zwischenergebnis	347
e) Die Haftung nach dem StVG	347
f) Zwischenergebnis	348
2. Der Haftungsmaßstab im vorvertraglichen Stadium	349
3. Der Haftungsmaßstab bei unentgeltlicher Dienstleistung	350
4. Auslobung und Haftungsmaßstab	351
5. Haftungsmaßstab bei zinslosem Darlehen	352
6. Die Haftung für unentgeltliche Auskunft	355
7. Die Haftung des Erben und des unentgeltlich handelnden Testamentsvollstreckers	358
8. Die Haftung des unentgeltlichen GmbH-Geschäftsführers	359
9. Die Haftung des GbR-Gesellschafters bei unentgeltlichem Handeln zugunsten der Gesellschaft	363
10. Die Haftung bei aufgedrängtem Tätigwerden durch den unentgeltlich Handelnden	364
11. Vorherige Vertragsverletzungen des unentgeltlich Handelnden	365
II. Die haftungsverschärfende Seite des Utilitätsprinzips	365
1. Die verschuldensunabhängige Haftung des Geschäftsherrn	365
2. Die verschuldensunabhängige Haftung des Entleihers	370
3. Die verschuldensunabhängige Haftung des Hinterlegers	374
4. Die haftungsverschärfende Wirkung des Utilitätsprinzips und die Haftung für Erfüllungsgehilfen	376
a) Der Lieferant des Verkäufers als Erfüllungsgehilfe?	376
b) Die Haftung für Maschinenfehler	378

XIV

Inhaltsverzeichnis

<i>C. Das Utilitätsprinzip und die im Verkehr erforderliche Sorgfalt</i>	381
I. Der objektive Fahrlässigkeitsmaßstab und der Einzelfall	382
II. Die Berücksichtigung des Utilitätsprinzips im Rahmen des § 276 Abs. 2 BGB	385
<i>D. Das Utilitätsprinzip und der Haftungsumfang</i>	388
<i>E. Das Utilitätsprinzip und die Ermittlung eines privaten Willens</i>	391
I. Allgemeines	391
II. Der stillschweigende Haftungsausschluss	396
1. Der stillschweigende Haftungsausschluss bei der Haftung des Beauftragten	397
a) Kein Verstoß gegen die gesetzliche Haftung des Beauftragten	397
b) Die Bedeutung des Utilitätsprinzips	398
c) Versicherung und Versicherbarkeit	399
2. Der stillschweigende Haftungsausschluss bei Gefälligkeit	402
III. Die Auslegung des Leihvertrags bei der Haftung des Entleihers	404
IV. Das Utilitätsprinzip und der Rechtsbindungswillen	405
Wesentliche Ergebnisse	407
Literaturverzeichnis	419
Sachregister	479